



Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes traten in Deutschland am 5. April 1992 in Kraft. Drei Jahre zuvor hatten die Vereinten Nationen die Kinderrechtskonvention beschlossen. Mehr als 190 Staaten der Erde haben den Kinderrechten zugestimmt – umgesetzt sind sie allerdings weder überall noch vollständig. In Deutschland bleiben Vorbehalte, zum Beispiel wenn es im Artikel 22 der Kinderrechte um Flüchtlingskinder geht.

„Kinderrechte ins Grundgesetz“ ist eine **Position** des DBJR und vieler anderer Organisationen. Grundlegende Kinderrechte sind noch nicht im Grundge-

setz verankert. Regelmäßig muss die Bundesregierung berichten, wie es um die Kinderrechte in Deutschland steht. Am 4. April war ein solcher Staatenbericht fällig – er wurde nicht vorgelegt. Der DBJR hat dies gemeinsam mit der **National Coalition**, Unicef und 100 anderen Organisationen angemahnt. Die Kritik der Kinder brachte die SJD – Die Falken mit einer **Aktion** ein.

Rund um das Thema Kinderrechte geht es im **Beteiligungsprojekt** des DBJR zum „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“. Es geht darum, Deutschland kindergerecht zu machen.

Jugenddelegierte in Sachen Nachhaltigkeit

Florian Hübner (25) und Marlon Hassel (21) nehmen als CSD-Jugenddelegierte an der 17. UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung (Commission on Sustainable Development – CSD) teil. Neben Botschafterinnen und Botschaftern sowie Delegierten aus aller Welt werden sie in New York ab 4. Mai ihre Positionen in Arbeitsgruppen darlegen und gemeinsam mit Regierungsvertretern die politischen Entscheidungen bei den Themen der Konferenz „Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Wüstenbildung und Afrika“ erörtern. Als Mitglieder der deutschen Regierungsdelegation setzen sie sich auf dem diplomatischen Parkett vor allem für die Interessen von Kindern und Jugendlichen ein.

Das Bundesumweltministerium und der DBJR begleiten die Teilnahme der Jugenddelegierten. Florian Hübner ist in der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) ehrenamtlich aktiv. Er studiert Sozialwissenschaft in Göttingen. Marlon Hassel ist Mitglied der Naturschutzjugend Deutschland (NAJU) und war bereits 2008 CSD-Jugenddelegierter. Er studiert Wirtschaftsingenieurwesen in Karlsruhe.

Beide schreiben regelmäßig ihre Erfahrungen und Erlebnisse in ein Blog und werden im Mai aus New York permanent berichten. Ihre Vorbereitung ist bereits auf der **Homepage der CSD-Jugenddelegierten** dokumentiert und wird laufend aktualisiert.

Ansichtssache

Es ist sehr ärgerlich, dass die Bundesregierung ihren Staatenbericht zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention nicht fristgerecht vorlegt. Sie erfüllt nicht ihre Pflicht gegenüber den Vereinten Nationen. Und sie nimmt das Recht auf Information der Bürgerinnen und Bürger – vor allem der Kinder und Jugendlichen – nicht Ernst. Schwerer wiegt, dass die Kinderrechte in Deutschland nur stiefkindlich behandelt werden. Kinder werden nicht vernünftig geschützt, nicht ausreichend gefördert und auch nicht angemessen beteiligt.

Dass der Bericht zum Stand der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in einer solchen Situation und noch dazu im Jahr des 20. Geburtstages der Kinderrechtskonvention nicht vorliegt, ist nicht nur das falsche Signal, es ist auch wenig feierlich. Uns geht es um die Verwirklichung des Dreiklangs „Schützen, Fördern, Beteiligen“, der in der UN-Kinderrechtskonvention formuliert wird. Kinder werden in Deutschland noch immer nicht als Träger von Rechten und Pflichten betrachtet. Zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes ist es Zeit, die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen.

*Sven Frye
stellv. Vorsitzender des DBJR*

PräTect

Die **Qualifizierungsreihe** „PräTect... keine Täter in den eigenen Reihen!“ für Leitungskräfte der Jugendarbeit beginnt im September 2009 und endet im Juni 2010. Das Modellprojekt unterstützt Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit darin, umfassende Präventionsmaßnahmen gegen sexuelle Gewalt einzuführen und zu verankern.



Namen

Berichtigung: Kai Niebert, als Jugendvertreter im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings (DNR), ist Mitglied der Naturfreundejugend und dort seit 2003 Bundesleiter.



Auf dem 54. Bundesjugendtag der **djo-Deutsche Jugend in Europa** wurde der Bundesvorstand im Amt bestätigt: Hetav Tek und Thomas Hoffmann als Vorsitzende, Maria Klimovskikh, Jeannine Drost und Grigo Simsek als Stellvertreter/innen, Schatzmeister Robert Wild und Beisitzer/innen Susann Steinert, Dorothea Schmidt, Rohat Dogan und Julia Scheidt.



Das Projekt „Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“ des **Hessischen Jugendringes** wurde vom Bündnis für Demokratie und Toleranz mit dem Preis „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet. Das Projekt zeigte Wege auf, wie rechtsextreme Einflüsse erkannt und aktiv bekämpft werden können.

Förderung eingestellt

Die Sitzung des Deutsch-Spanischen Fachausschusses ist ausgefallen. Im Jahr 2008 vollzogen sich in Spanien erhebliche strukturelle Veränderungen, die dazu führten, dass die Förderung bilateraler Begegnungen durch die spanische Seite (INJUVE) grundsätzlich eingestellt wurde. Zwar wurden während einer Sitzung in Bonn ausnahmsweise noch zwei Programme mit der deutschen Seite vereinbart, an beiden Maßnahmen können von spanischer Seite keine NGOs und keine Regionen teilnehmen, da diese grundsätzlich nicht mehr gefördert werden. Damit wird eine Teilnahme von entsprechenden Strukturen aus Deutschland fraglich. Auch die Nachhaltigkeit von in den Vorjahren gemeinsam vereinbarten Aktivitäten im Themenfeld Migration ist nicht mehr gegeben. Jugendorganisationen waren an dem Entscheidungsprozess nicht beteiligt.

Termine

22. April: Vorstandssitzung DBJR (» Berlin) ■■■ 27./28. April: **Runder Tisch** zur Politischen Bildung des CAP: „Europawahl 2009 mit Jugendlichen? Plan E für Engagement und europäisches Bewusstsein“ (» München) ■■■ 7. Mai: **72-Stunden-Aktion** des BDKJ ■■■ 12. Mai: Hauptausschuss DBJR (» Berlin) ■■■ 13. Mai: **DBJR-Fachabend** „Wehrpflicht - Was kommt nach der Bundestagswahl?“ (» Berlin) ■■■ 14. Mai: Deutsch-Französischer Fachtag des DBJR (» Berlin) ■■■ 30. Juni: **Fochtag** Jugendinformation „Mit Medien gestalten - Medien mitgestalten“ (» Mannheim)



Austausch

Das 2. Deutsch-Polnische Forum der Jugendverbände beschäftigte sich Mitte März mit dem deutsch-polnischen Verhältnis und dem Ausbau des Jugendaustauschs. Diskutiert wurde über die deutsch-polnischen Beziehungen – vor dem Hintergrund des 70. Jahrestages des Überfalls auf Polen, des 20. Jahrestages der Umbrüche in Polen und der DDR sowie des EU-Beitritts Polens vor fünf Jahren. Die Teilnehmenden sprachen über Fördermöglichkeiten, Chancen für eine verstärkte Zusammenarbeit und Methoden im Jugendaustausch. Die deutsch-polnischen Beziehungen werden insgesamt als gut bewertet. Daran änderten auch die „Störungen“ auf beiden Seiten um die Besetzung des Beirats der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ nichts.

Talk mit Migrationshintergrund

Der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. (AAGB) präsentiert ab Mai die Polit-Talkshow „**Talk mit Migrationshintergrund**“. Auf dem türkischsprachigen Sender Yol TV, der viele türkischsprachige Haushalte europaweit erreicht, wird dann auf Deutsch diskutiert. In der von Jugendlichen im Kölner Studio produzierten Sendung werden die Themen Integration, Identität und Wahlen 2009 aus migrantischer Sicht behandelt. Bekannte Politiker, Vertreter von Jugendverbänden, Prominente und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund widmen sich unter der Moderation des Journalisten Kemal Hür den Herausforderungen, vor denen sowohl die Gesellschaft als Ganzes, als auch Jugendliche mit Migrationshintergrund stehen.



TANDEM-Projekt

Mit dem Projekt „TANDEM – Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ unterstützt die Evangelische Jugend bundesweit Kinder und Jugendliche anderer Herkunft in ihrem sozialen Integrationsprozess. Das Projekt eröffnet jungen Menschen Zugänge zu außerschulischen Bildungsangeboten der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit und fördert ihre Einbindung in ehrenamtliche Strukturen. Langfristig sieht sich das Projekt als Beitrag zur interkulturellen Öffnung der Angebote evangelischer Kinder- und Jugendarbeit. **TANDEM** steht für Partnerschaft zwischen Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft. Ziel ist, durch die Erfahrungen voneinander zu lernen und Synergien zu nutzen.



Gewaltstudie mit Widersprüchen

Der **Forschungsbericht** „Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt“ hat in Medien großes Echo gefunden. Vor allem die Ergebnisse über fremdenfeindliche Tendenzen und Sympathien für rechtsextreme Gruppen wurden als alarmierend bezeichnet. Laut Bericht sind demnach 14,4 Prozent der Jugendlichen im Alter von 15 Jahren sehr ausländerfeindlich. Knapp fünf Prozent der Jungen und 2,6 Prozent der Mädchen gaben an, Mitglied einer rechts-

extremen Gruppe zu sein. Ähnlich hoch sind aufgrund entsprechender Aussagen laut Forschungsbericht die antisemitischen Einstellungen.

Die Jugendgewalt – Kern der Untersuchung – ist laut Bericht eher leicht gesunken, obwohl die Zahl der registrierten Delikte zunahm. Grund für diesen scheinbaren Widerspruch: Immer mehr jugendliche Opfer zeigen die Gewalttat an und sorgen dafür, dass die Täter zur Verantwortung gezogen werden.

HDJ-Verbot

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat die „Heimattreue Deutsche Jugend“ verboten. „Mit dem Verbot setzen wir den widerlichen Umtrieben der HDJ ein Ende. Wir werden alles tun, um unsere Kinder und Jugendlichen vor diesen Rattenfängern zu schützen“, sagte Schäuble in einer Presseerklärung und weiter: „Lassen Sie uns den Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen“.

Das Verbot war aus Sicht des DBJR dringend notwendig, weil die HDJ gezielt Kinder und Jugendliche zum rechtsextremen Dunstkreis zog, etwa durch Zeltlager, Sportveranstaltungen oder Wanderungen. Nach dem Verbot muss aus Sicht des DBJR die Prävention ausgebaut werden. Rechtsextreme Gruppen können dort erfolgreich sein, wo zivilgesellschaftliche und besonders jugendverbandliche Angebote fehlen. Bestes Mittel gegen rechtsextreme Organisationen sind Angebote, die Kindern und Jugendlichen Demokratie näher bringen sowie gut ausgebaute Strukturen der Jugendarbeit. Deswegen müssen Bund und Länder diese Bereiche ausreichend fördern und ausbauen.

Mit dem HDJ-Verbot ist ein erster Schritt getan. Die aktuellen Finanzprobleme der NPD könnten auch zu deren Auflösung führen. Der Rechtsextremismus als solcher ist damit nicht besiegt.

Lothar Bisky zu den Perspektiven für Europa

In der aktuellen Ausgabe der DBJR-Fachzeitschrift Jugendpolitik „Europa und die Wahlen“ kommen die Spitzenkandidaten/innen der Parteien zu Wort. Es fehlt die Position der Partei Die Linke. Professor Lothar Bisky wurde erst nach Redaktionsschluss gewählt. Seine Einschätzung zu den Perspektiven Europas:

Mit der EU-Erweiterung im Mai 2004 leben 455 Millionen Menschen in der Europäischen Union. Neue politische Perspektiven werden durch die Lebenserfahrungen, die Geschichte und Kultur vieler osteuropäischer Länder ergänzt und dies ist für ein modernes Europa, das größer ist als die EU, das in der Welt eine friedliche Rolle spielt, sehr wichtig.

Gerade junge Leute brauchen gute Ausbildung, Arbeitsmöglichkeiten, Freizügigkeit, umfassende Grund- und Freiheitsrechte. Deshalb habe ich, gemeinsam mit Freunden von Synapsismos, An-

fang Januar in Athen mit den demonstrierenden Schülerinnen und Studenten in der Uni diskutiert. Auch sie sagen: Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 sind wichtig. Damit Bildung ohne Gebühren, hohe soziale Standards, mehr Demokratie eine Chance haben, braucht das europäische Parlament mehr Rechte und Bürgerinnen und Bürger mehr Möglichkeiten der Mitgestaltung.

Der Lissabon-Vertrag weist hier in die falsche Richtung. Er hofiert eine einseitige Akzeptanz des freien Marktes, die durchaus eine entscheidende Ursache der jetzigen Krise ist. Er setzt auf eine intransparente Aufrüstungsagentur, statt auf Abrüstung. Er bekennt sich nicht wirklich zu einem Europa, das soziale Fragen ernst nimmt und löst. Modernen Herausforderungen, wie mehr globaler Gerechtigkeit, einem Stopp des Klimawandels wird dieser Regierungsvertrag überhaupt nicht gerecht.

Europa verändert man nicht allein aus dem Parlament heraus, doch mit den Europawahlen kann man seiner Stimme für ein zukunftsfähiges Europa, in dem soziale Fragen wichtig sind, Bildungs-, Kultur- und Medienangebote für alle zugänglich und transparent sind, seine Stimme geben. Es ist wichtig, wenn man entscheiden will, wie wir morgen leben wollen, sich politisch zu beteiligen. Das kann man vor Ort, im Studium, im Betrieb.

Prof. Lothar Bisky
ist Vorsitzender der
LINKEN und Spitzenkandidat für die Wahlen zum Europäischen Parlament.



Wissenswert

Der Bund der Deutschen Landjugend will mit „Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen – Es wächst nicht einfach Gras darüber“ alle zivilgesellschaftlichen Akteure/innen ermutigen, den extremen Rechten differenziert entgegenzutreten. Die 240-seitige Studie wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Sie ist beim **BDL** gegen einen mit 1,40 Euro frankierten Rückumschlag oder gegen Rechnung über die Versandkosten bei einer Bestellmenge von mindestens zwei Exemplaren erhältlich.



Die neue Broschüre „Reisen für Alle!“ der Naturfreundejugend Deutschlands zeigt Fördermöglichkeiten auf, um Kinder mit Migrationshintergrund, junge Menschen mit Behinderungen und jungen Menschen aus finanziell benachteiligten Familien gleichberechtigt an Kinder- und Jugendreisen teilhaben zu lassen; enthält aber auch Tipps und Ideen für Träger, die sich diesen Gruppen besonders öffnen möchten. Die Broschüre kann gegen eine Schutzgebühr von einem Euro je Exemplar plus Versandkosten bei der **Naturfreundejugend Deutschlands** angefordert werden



Vorschläge für den Deutschen Engagementpreis können bis 31. August im Rahmen der Kampagne „Geben gibt.“ eingereicht werden. Wer einem Menschen, der sich ehrenamtlich engagiert, Danke sagen möchte, kann dies kurz begründen und den Vorschlag auf der Homepage der Kampagne „**Geben gibt!**“ online unterbreiten.



Die Bundeszentrale für politische Bildung lädt am 30. Mai 2009 im Rahmen des Geschichtsforums 1989/2009: Europa zwischen Teilung und Aufbruch zum Jugendworkshop „Methode Zukunft“ ein. Anmeldeschluss ist der 24. April 2009. In einem Teil des Workshops werden mit innovativ spielerischen und aktionistischen Methoden Visionen von Teilnahme mit der Realität von heute in Kontakt kommen. Details zum Programm stehen noch nicht fest, werden aber auf der Homepage der **Bundeszentrale** veröffentlicht.



Neue Publikationen

Neu erschienen ist das Praxisbuch „Jugend wählt - Jugend zählt“. Warum sollte ich zur Wahl gehen? Wie geht wählen überhaupt? Und was kann man sonst unternehmen, wenn man sich für die Demokratie engagieren will? Im Superwahljahr gibt das Praxisbuch hilfreiche Tipps auf 90 Seiten.

Das neue Antragsverfahren für die Juleica ist in den Pilotregionen Berlin und Niedersachsen am 1. April gestartet. Der DBJR hat ein Leporello in Juleica-Größe und den Aufkleber „Wir unterstützen Dein Ehrenamt“ herausgebracht.

Beide Produkte können in Päckchen zu je 10 Stück bestellt werden.

Die Fachzeitschrift „Jugendpolitik“ des DBJR ist in der ersten Ausgabe 2009 erschienen. Auf 42 Seiten geht es um das Thema „Europa und die Wahlen“. In Fachbeiträgen werden die aktuelle Situation in Europa beleuchtet, Forderungen zur Wahl aufgestellt und Perspektiven für die kommenden Jahre beschrieben. Die „Jugendpolitik“ kann zum Einzelpreis von 4 Euro sowie im Abo (4 Ausgaben für 12 Euro) unter www.bestellung.dbjr.de bestellt werden.

Wehrpflicht – Was kommt nach der Wahl?

Bei der Wehrpflicht wird es zu Veränderungen kommen – nach der Bundestagswahl. Offen ist, welche es sein werden. Die Mehrheit der Gesellschaft und im Bundestag möchte die Abschaffung. Aber wie, mit welchen Modellen und welchen Folgen? Welche Alternativen sind im Gespräch? Was bedeutet das Modell der „Freiwilligen Wehrpflicht“? Und was bedeutet dies für die Bundeswehr, den Freiwilligendienst, den Zivildienst und Katastrophenschutz? Welche Auswirkungen hat der damit verbundene Wegfall des Zivildienstes? Und nicht zuletzt: Was ist in welcher denkbaren zukünftigen Regierungskoalition möglich - und was nicht?

Diesen und anderen Fragen wollen sich der DBJR und die Zentralstelle für

Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V. (Zentralstelle KDV) in Diskussions- und Fragerunden mit den verteidigungspolitischen Sprecher/innen der Bundestagsfraktionen, Expert/innen aus Organisationen und aus den Jugendverbänden widmen. Ziele sind klare Position der Parteien in Form von Wahlbekenntnissen, das Aufzeigen der möglichen Folgen und die Gegenüberstellungen mit den Positionen und Meinungen junger Menschen.

Die Diskussionsveranstaltung beginnt am 13. Mai 2009 um 18 Uhr im Hotel Aquino in Berlin-Mitte. Anmeldungen zur Teilnahme formlos an moncia.stuttermheim@dbjr.de - die Plätze sind begrenzt!

Impressum

Herausgeber:
Deutscher Bundesjugendring | Mühlendamm 3 | 10178 Berlin
0 30/4 00 40-400 | ePaper@dbjr.de

Verantwortlich: Daniel Grein
Redaktion: Michael Scholl, Andrea Koß
Fotos: Michael Scholl (S.1), Claire Frileux, Röhr:Wenzl (S.2), Die Projektoren (S.3)